Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 29 (1979)

Heft: 2

Artikel: Kennedy und die Berlinkrise

Autor: Catudal, Honoré M.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-80822

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

KENNEDY UND DIE BERLINKRISE

Von HONORÉ M. CATUDAL, JR.
St. John's University Collegeville, Minnesota

I. Die Entscheidung

Berlin, Sommer 1961. Kurz nach Mitternacht, am Sonntag, 13. August 1961, marschierte unter dem Schutz von schweren Tanks eine grosse Anzahl schwerbewaffneter ostdeutscher Polizei- und Truppeneinheiten der 42 Kilometer langen innerstädtischen Grenze entlang auf. Während einige in Kampfstellung gingen, schafften andere Pressluftbohrer, Schaufeln, Stemmeisen und Stacheldrahtrollen herbei. Systematisch begannen sie an der Friedrichstrasse und an jedem der anderen achtzig Grenzübergänge (die nun auf dreizehn reduziert waren) die Strassen aufzureissen. Doppelte Stacheldrahtverhaue und andere leichte Hindernisse wurden fest verankert. Ungefähr zweieinviertel Stunden später war die Grenzschliessung ein fait accompli.

Obwohl keine sowjetischen Soldaten am eigentlichen Abriegeln der Grenze teilnahmen, wurde die ostdeutsche Aktion noch von ausgedehnten sowjetischen Truppenbewegungen im ganzen Land begleitet. Einheiten von sowjetischen Streitkräften in Ostdeutschland verliessen, angeführt von Marshall Koniev, dem früheren Befehlshaber der Warschaupakt-Streitkräfte und ehemaligen stellvertretenden Verteidigungsminister, ihre Unterkünfte und nahmen ihre strategischen Positionen rings um die Stadt ein. Die Präsenz der sowjetischen und ostdeutschen Militärmacht in der Umgebung der Stadt hatte den gewünschten Effekt: es gab keinen Aufstand der Bevölkerung.

In einer am selben Morgen der Weltöffentlichkeit mitgeteilten Meldung wurde die Grenzschliessung vom ostdeutschen Regime aufs bestimmteste verteidigt. Es wurde ausdrücklich vermerkt, dass diese Massnahme von den Warschaupakt-Ländern in einer Resolution, der an einem vor zehn Tagen in Moskau abgehaltenen Treffen zugestimmt wurde, verlangt worden war. Gemäss dieser Resolution wurde die Deutsche Demokratische Republik ermächtigt «dem feindseligen Treiben der revanchistischen und militaristischen Truppen von Westdeutschland und Westberlin ein Ende zu setzen». Dies sollte durch das Einführen von Kontrollen «an der Grenze der Deutschen Demokratischen Republik, einschliesslich der Grenze zu den westlichen Sektoren von Grossberlin, wie sie normalerweise entlang den Grenzen eines jeden souveränen Staates bestehen», erreicht werden. Zur Beruhigung für die Westmächte wurde beigefügt, dass «die Massnahmen die bestehenden Einrichtungen für Verkehr und Kontrolle auf den Verkehrswegen zwischen Ostberlin und Westdeutschland nicht tangieren dürfen»[1].

1 Ostdeutsches Dekret, zitiert in *The New York Times, 14. August 1961.*

Mit dem Schliessen der Ostberliner Grenze gelang Chruschtschow und Ulbricht eine vollständige taktische Überraschung. Es war ein Wochenende – ein Sonntagmorgen – und die meisten Leute in Berlin schliefen noch. Ausserhalb Berlins wurden viele westliche Staatsmänner fern von ihren Hauptstädten und Nachrichtenzentren überrascht. Der Bürgermeister von Westberlin, Willy Brandt, weilte in Westdeutschland auf Wahlkampagne, Präsident Kennedy war beim Segeln in Hyannis Port, Premier Macmillan war in Schottland und Präsident de Gaulle in den Ferien auf seinem Gut in Colombey. Der einzige westliche Staatsmann, der auf seinem Posten war, war Bundeskanzler Adenauer.

In Westberlin befand sich der amerikanische Gesandte, E. Allan Lightner, in tiefem Schlaf, als er um sechs Uhr früh durch einen Telephonanruf geweckt wurde. So erinnerte er sich später: «Ich stand auf und ging hinunter, um in Augenschein zu nehmen, was sich im französischen Sektor tat.» Doch alles, «was ich sah, war Baumaterial ...». Auf den ersten Blick «sah es eher so aus, als ob Abschrankungen gebaut würden, um Flüchtlinge drinnen, als uns draussen zu halten»[2]. Da er nicht wusste, was er von der Lage halten sollte, begab er sich daraufhin zur amerikanischen Gesandtschaft, von wo er einen Bericht an die Botschaft in Bonn und an das Staatsdepartement in Washington telegraphierte.

Doch Lightners Telegramm war nicht die erste Nachricht von der Grenzschliessung, die das offizielle Washington erreichte. Am späten Samstagabend hatten EDT, Associated Press und UPI eine derartige dringliche Meldung verbreitet. Nach Max Frankel in The New York Times wurden «informierte Leute, die seit drei Jahren in Erwartung einer Berlinkrise gelebt hatten, nun im Schlaf davon überrascht»[3].

Der zuständige Mann für deutsche Angelegenheiten im Staatsdepartement an diesem Wochenende war John C. Ausland. Und er war es, der, alarmiert durch den diensttuenden Offizier, am frühen Sonntagmorgen als einer der ersten Offiziere der Berlin Task Force einrückte. Schon bald gesellten sich Frank Cash, Karl und Martha Mautner, alles erfahrene Funktionäre, zu ihm. Im neu errichteten Operations Center begannen sie zusammen über den Telegrammen zu brüten, die seit Lightners erster Meldung eingetroffen waren. Ihr wichtigstes Anliegen, auch dasjenige, wofür sorgfältige Pläne für alle Eventualitäten vorbereitet worden waren, war die Aufrechterhaltung des alliierten Zugangs zu Berlin. Deshalb tendierten sie in jenen frühen Morgenstunden vom Sonntag, 13. August, dahin, die Krise aus dieser Perspektive zu sehen.

Kaum war die Berlin Task Force zusammengesessen, um die Telegramme durchzusehen, als ein Washingtoner Journalist, Lothar Loewe, im 7. Stock erschien. Loewe hatte die Nachricht über sein Autoradio gehört und war augenblicklich ins Departement geeilt, um sich bei seinen Freunden nach Details zu erkundigen. Man teilte ihm mit, dass die Informationen spärlich einträfen und auch widersprüchlich und schwierig zu interpretieren seien. Auf seine Erkundigung, ob jemand Berlin angerufen hätte, wurde ihm gesagt, dass es keine sicheren Telephonverbindungen durch Ostdeutschland gäbe, und dass man nicht befugt sei anzurufen.

Loewe ging dann hinaus, um selber nach Berlin zu telephonieren. Er bestellte eine Verbindung mit einem Bekannten, der bei der USIA in der Stadt arbeitete. Zu diesem Zeitpunkt war es beinahe Mittag in Deutschland. Von seinem Bekannten erhielt er ein genaues und dem neuesten Stand der Geschehnisse entsprechendes Bild: Die Stadt war nun von Stacheldraht, kommunistischen Truppen und Panzern –

2 Interview mit E. Allan Lightner, 7. Februar 1967, Washington D.C.
3 *The New York Times*, 20. August 1961.

doch noch nicht von Beton – geteilt. Loewe informierte die Funktionäre über das Erfahrene, als er ins Operations Center zurückkehrte.

Ein klareres Bild der Geschenisse lag vor, als der Unterstaatssekretär und Direktor der Berlin Task Force, Foy D. Kohler, zwischen acht und neun Uhr ins Departement kam. Die vorhandenen Pläne waren durchgesehen worden, doch befassten sich unglücklicherweise keine mit der eigentlichen Trennung der Stadt durch Abschrankungen. Es war eine gewisse Beruhigung, den alliierten Zugang zu Berlin nicht beeinträchtigt zu sehen. Aus allem ging hervor, dass die Massnahmen eher auf das Stoppen des Flüchtlingsstromes als gegen die westlichen Stellungen in der Stadt abgezielt waren.

Eine Stunde später war Staatssekretär Rusk in seinem Büro hart an der Arbeit. Rusk kannte Berlin gut von seiner Studentenzeit her, die er in den dreissiger Jahren dort verbracht hatte, gerade bevor die Nazis die Macht übernahmen. Daher stammte auch sein persönliches Interesse an der Berlinkrise, seit diese im Jahre 1961 von der Kennedy-Administration «geerbt» worden war.

Nachdem er die Einzelheiten der Grenzschliessung mit Kohler und Mitgliedern seines Stabes diskutiert hatte, zeigte sich Rusk wenig geneigt, überstürzte Massnahmen zu ergreifen. Wie er dem Schreibenden später sagte, hätte der geringste Versuch, die Abschrankungen anzutasten, «einen Krieg auslösen können». Für Rusk war die Tatsache, dass «wir nicht genügend militärische Kräfte in Berlin hatten, um die Abschrankungen niederzureissen», der entscheidende Faktor[4].

Nachdem er sich darüber klar geworden war, rief er kurz vor Mittag den Präsidenten an, der mit seiner Familie in Hyannis Port in den Ferien weilte. Kennedy hatte am Radio bereits von der Grenzschliessung gehört, doch waren die Berichte, wie immer in einem solchen Fall, widersprüchlich. Rusk vervollständigte die Eindrücke des Präsidenten mit den nötigen Details.

Der Präsident stimmte mit dem Staatssekretär darin überein, dass die bis jetzt unternommenen Abriegelungsversuche nicht gegen die westlichen Alliierten gerichtet zu sein schienen. In Anbetracht dessen stimmte er zu, dass die Möglichkeiten für eine westliche Aktion sehr beschränkt seien. Er entschied sich dafür, eine abwartende Haltung einzunehmen. Daher beauftragte er Rusk, die Weisung weiterzuleiten, dass nichts unternommen werde, was die Situation weiter verschlimmern könnte. «Gehen Sie zum Fussballspiel wie geplant», soll er zu Rusk gesagt haben, «ich gehe segeln.»[5]

Viele haben hinterher Präsident Kennedys Entscheidung, am 13. August nichts zu unternehmen, kritisiert. Der frühere Präsident Eisenhower äusserte sich wohl am offensten dazu. Er glaubte, dass die Amerikaner die Abschrankungen ohne Umstände hätten niederreissen sollen, da Berlin genau genommen eine von vier Mächten kontrollierte Stadt sei, mit verbrieftem Recht auf freien Verkehr[6]. Vielleicht ist diese Kritik gerechtfertigt: doch nur die Geschichte wird einst ein endgültiges Urteil abgeben können.

Vieles ist über die Geschehnisse im Zusammenhang mit der Grenzschliessung und die drei Tage später angefangene Errichtung der Berliner Mauer, die jedoch erst drei Jahre später vollendet war, geschrieben worden. Doch bis heute ist über den

4 Interview mit Dean Rusk, 14. August 1969, Washington, D.C.

5 ELEANOR LANSING DULLES, *The Wall: A Tragedy in Three Acts* (Columbia, S.C.: U. of South Carolina Press, 1972), S. 48.

6 Interview mit General Eisenhower, 13. September 1966, Gettysburg, Pennsylvania.

Prozess, der zu Präsident Kennedys Entscheidung, nicht zu reagieren führte, wenig geschrieben worden. Der Hauptgrund für dieses Versäumnis liegt zweifellos im Fehlen von exakter Information. Schliesslich ist der wichtigste amerikanische Agierende während der Berlinkrise – John F. Kennedy – auf tragische Weise von der nationalen Szene abberufen worden. Und viele von jenen Beamten, die untergeordnete Posten in dem bürokratischen Getriebe innehatten, das in Gang gebracht wurde, um die Berlinkrise zu bewältigen, haben sich davon distanziert, ihre Ansichten bekannt zu geben.

Nun, da die Errichtung der Berliner Mauer viele Jahre zurückliegt, ist es möglich, die Geschehnisse neu zu betrachten und die kritische Entscheidung vom 13. August aus einer neuen Perspektive zu sehen: einer Perspektive, die auf Informationen basiert, welche aus einer Reihe von Interviews mit Schlüsselfiguren der diplomatischen und militärischen Beamtenschaft zusammengetragen wurden. Zu den wichtigsten Interviewten gehören der ehemalige Staatssekretär Dean Rusk, Foy D. Kohler, der frühere Unterstaatssekretär für europäische Angelegenheiten, E. Allan Lightner, der ehemalige amerikanische Gesandte in Berlin, General Maxwell D. Taylor, der frühere Sonderberater des Präsidenten für militärische Angelegenheiten, General Lucius D. Clay, der ehemalige Sonderbeauftragte des Präsidenten in Berlin und Generalleutnant (damals Generalmajor) Albert Watson II, der ehemalige US-Kommandant in Berlin. Beim Versuch, die Grundlagen zu Präsident Kennedys Entscheidung zu rekonstruieren, habe ich mich hauptsächlich auf die Ansichten dieser Männer gestützt.

Dass Einschränkungen gemacht werden müssen, wenn zu stark auf Interviews abgestellt wird, ist wohl bekannt. Der Hinweis mag genügen, dass Interviews nützlich sein können, um schriftliche Berichte zu ergänzen, doch sollten sie nicht als Ersatz dafür gebracht werden, ausser dort, wo damit Zeugenaussagen von unabhängiger Seite bestätigt werden können. Nach Ansicht von Dean Rusk sind Erinnerungen, die fünf oder zehn Jahre nach den Ereignissen hervorgeholt werden, «nicht ohne Fehl»[7].

II. Hintergründe

Die Berlinkrise von 1961 war eine von Präsident Kennedys grössten Prüfungen während seiner Amtszeit. Nur zwei Jahre früher hatte er eine Voraussage in dieser Richtung gemacht, als er in einem Interview äusserte, dass sich die Berlinfrage mit der Zeit sicherlich zu einem harten «Nerven- und Willenstest»[8] entwickeln werde.

Als er den ganzen Problemkreis im Januar 1961 «erbte», befanden sich die Vereinigten Staaten in einer höchst ungünstigen Lage in Berlin. Als Folge von militärischen und diplomatischen Übereinkommen aus der Endphase des Zweiten Weltkrieges, fand sich die Stadt 160 Kilometer innerhalb der sowjetischen Besatzungszone, ohne besondere Garantien für einen westlichen Zugang, und von den vier Mächten gemeinsam verwaltet.

Im Jahre 1948 hatte eine Reihe von sowjetischen Aktionen die Stadt in zwei Teile getrennt: ein sowjetisch besetztes und beherrschtes Ostberlin und ein westlich besetztes und verwaltetes Westberlin. Zur selben Zeit, im Juni 1948, lancierten die Sowjets eine Blockade der westlichen Sektoren. Als diese sich zur totalen Blockade

7 Brief an den Schreibenden, 26. Juli 1969.
8 THEODORE C. SORENSEN, *Kennedy* (New York: Bantam Books, Inc. 1966), S. 657.

ausweitete, konnte bloss eine Entscheidung von General Lucius Clay, dem obersten amerikanischen Befehlshaber in Berlin, die Stadt für den Westen retten. Er ergriff die Initiative in einem von Ratlosigkeit und Verzweiflung geprägten Klima und organisierte eine Luftbrücke nach Westberlin, die die Blockade zu brechen vermochte.

Nach der Aufhebung der Blockade 1949 unterstrichen die Vereinigten Staaten ihr Engagement, indem sie grosse Summen des Marshallplan-Geldes in die Stadt «pumpten» – insgesamt ungefähr eine Milliarde Dollar[9].

Während der nächsten fünf Jahre wurden Ostberlin und Ostdeutschland zunehmend von ihren westlichen Nachbarn abgeschnitten. Im November 1958 stellte dann Chruschtschow sein berühmtes Ultimatum, in welchem er alle bestehenden Übereinkommen mit den westlichen Alliierten betreffend Berlin für null und nichtig erklärte und den Abzug aller westlichen Militärkräfte aus der Stadt forderte. Der sowjetische Vorsitzende drohte, falls dies nicht innerhalb der nächsten sechs Monate geschehe, mit Ostberlin ein eigenes Friedensabkommen zu unterzeichnen und damit die alliierten Rechte in Berlin zum Erlöschen zu bringen[10]. Obwohl Chruschtschow die gesetzte Frist ohne Massnahmen verstreichen liess, machten es seine Forderungen und das Platzen der Pariser Gipfelkonferenz im Jahre 1960 doch deutlich, dass die Berlinfrage für den Nachfolger von Präsident Eisenhower höchste Priorität haben würde.

John F. Kennedy trat im folgenden Jahr sein Amt in halber Erwartung einer über die Stadt hereinbrechenden Krise an, jedoch in der Hoffnung, diese Krise abzuwenden. Vor diesem Hintergrund schickte der neue Präsident, kurz nach dem Debakel in der Schweinebucht, eine persönliche Note an Chruschtschow, in der er zu einem Treffen der beiden Staatschefs aufrief. Obwohl der Präsident und auch der Staatssekretär früher eine deutliche Abneigung gegen Gipfeltreffen geäussert hatten[11], schienen sie jetzt der Ansicht zu sein, dass eine direkte Konfrontation dazu beitragen würde, die Möglichkeit einer russischen Fehleinschätzung der amerikanischen Absichten zu verringern und den Weg zu ebnen für die Wiederaufnahme von normalisierten amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Der sowjetische Staatschef, der darauf bedacht war, sich von dem jungen Präsidenten ein persönliches Urteil zu bilden, stimmte dem Vorschlag zu, und in der Folge wurden dann die Gespräche am 3./4. Juni 1961 in Wien geführt.

Das wichtigste Thema im Gesprächsplan war Deutschland und Berlin. Und gerade in diesem Punkt erwies sich Chruschtschow als hartnäckig. Die Situation Deutschlands, so argumentierte er, sei unhaltbar. Nun, sechzehn Jahre nach dem Ende des Krieges, existiere immer noch kein Friedensabkommen. Überdies sei nun das wiederaufgerüstete Westdeutschland zu einem mächtigen Mitglied der NATO geworden und könnte einen neuen Weltkrieg heraufbeschwören. Um diese gefährliche Situation zu entschärfen, wiederholte Chruschtschow seine Forderung nach einem Friedensvertrag. Falls der Westen Widerstand leisten sollte, wäre er entschlossen, seine Drohung, mit Ostdeutschland einen separaten Friedensvertrag ab-

9 U.S. Mission (Berlin), *Review of United States Aid to Berlin* (30. September 1963), S. 1.

10 Vgl. den vollen Text der sowjetischen Note und deren Analyse in der *Department of State Publication 6757*, die im Januar 1959 unter dem Titel *«The Soviet Note on Berlin: An Analysis»* veröffentlicht wurde.

11 Staatssekretär Rusk legte seinen Standpunkt in dieser Sache überzeugend dar in einem Artikel betitelt *«The President» in Foreign Affairs*, Frühling 1960. Man berichtet, dass der Präsident von diesem Artikel sehr eingenommen war, und dass er seine Entscheidung, Rusk zum Staatssekretär zu ernennen, beeinflusst hat.

zuschliessen, wahr zu machen, ungeachtet der möglichen Folgen. Der sowjetische Premier überreichte dem Präsidenten ein *aide-mémoire* und gab ihm sechs Monate Bedenkzeit[12].

Kennedys Reaktion auf Chruschtschows polternde Darbietung hat zu einigen Debatten Anlass gegeben. George F. Kennan, der frühere Botschafter in der Sowjetunion, beschrieb später den Präsidenten in Wien als «sprachlich gehemmten, kraftlos wirkenden jungen Mann ohne eigene Ideen»[13]. James Reston, Kolumnist der New York Times, der ihn gleich nach dem Verlassen des Konferenzsaales sah, beschrieb ihn als «aufgewühlt und zornig»[14]. Doch Theodore Sorensen, ein Sonderberater des Präsidenten, beharrt darauf, dass diese Beobachtungen übertrieben seien. Was immer der Fall war, Präsident Kennedy war offensichtlich stark beeindruckt. Er war es so stark, dass er nachher den Diplomatenveteranen Llewellyn Thompson fragte, ob es «immer so» sei. Der Botschafter antwortete: «Dem Parcours entsprechend.»[15]

Später wurde klar, dass der sowjetische Staatschef die Wiener Konferenz dazu benutzt hatte, seine Angriffe auf Westberlin zu erneuern. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass publizierte auf seine Initiative hin am 10. Juni den Text des aide-mémoire, welches dem Präsidenten in Wien übergeben worden war. Chruschtschow erklärte dann fünf Tage später dem sowjetischen Volk in einer überraschend angesagten Fernsehrede, dass der Abschluss eines Friedensabkommens nicht länger hinausgeschoben werden könne; in Europa müsse noch dieses Jahr eine friedliche Einigung erzielt werden ...[16] In Anbetracht der wachsenden Krise war die Kennedy-Administration gezwungen, sorgfältig abzuwägen, welches weitere Vorgehen sie wählen würde.

III. Formulierung der neuen Politik

Schon einige Zeit bevor Kennedy im Juni nach Wien ging, hatte man mit einer Überprüfung der Berlinpolitik begonnen. Schon Mitte Februar hatte der Präsident den früheren Staatssekretär, Dean Acheson, dazu angeregt, eine spezielle Studie des Problems im Zusammenhang mit der NATO und Deutschland in Angriff zu nehmen. Er wählte Acheson für diese Arbeit, weil er ihn als einen der intelligentesten und erfahrensten Männer in seinem Umkreis ansah, und er wollte dessen von einem harten politischen Kurs geprägten Ansichten zur Hand haben, bevor er selber entscheiden würde[17].

Vor dem Besuch von Premierminister Macmillan im April war der frühere Staatssekretär gebeten worden, dem Präsidenten seine Ansichten darzulegen. Achesons Theorien liessen sich folgendermassen zusammenfassen: Chruschtschow gebrauchte Berlin nicht, um eine lokal begrenzte Problemsituation zu berichtigen,

12 Vgl. den vollen Text der sowjetischen Note im *Department of State Bulletin, 7. August 1961*, S. 231.
13 Zitiert in *The Washington Post*, 11. April 1971.
14 Zitiert in JOHN C. AUSLAND, *Kennedy, Khrushchev and Berlin: The 1961–1964 Berlin Crisis* (unveröffentlichtes Manuskript, 1967), S. 7.
15 Zitiert in ARTHUR M. SCHLESINGER, JR., *A Thousand Days* (Greenwich, Conn.: Fawcett Publications, Inc., 1967), S. 341.
16 Vgl. den vollen Text der Rede, wie er von Tass übersetzt wurde, in *The New York Times*, 16. Juni 1961.
17 ARTHUR M. SCHLESINGER, JR., *op. cit.*, S. 353.

sondern um den amerikanischen Widerstandswillen überhaupt zu prüfen. Falls wir während dieses Tests klein beigeben sollten, würde unsere Machtposition und Möglichkeit der Einflussnahme auf der ganzen Welt ernstlich untergraben. Da das tiefere Anliegen eine Prüfung des Widerstandswillen betraf, würde jegliche Verhandlungsbereitschaft von Moskau als Zeichen von Schwäche ausgelegt. Sein Vorschlag für ein wirksames Vorgehen baute darauf auf, dass starker Widerstand zu leisten sei, welcher den sowjetischen Staatschef davon überzeugen würde, dass die USA ihre Verpflichtung, Berlin zu verteidigen, nachzukommen gewillt waren – sogar bis zum Einsatz von Atomwaffen[18].

Als Acheson dem Präsidenten bloss zwei Wochen nach dem Wiener Treffen den abgeschlossenen Bericht übergab, teilten dessen taktische Vorschläge das Staatsdepartement in zwei Hälften. Sekretär Rusk zog Verhandlungen den militärischen Alternativen Achesons vor[19]. Foy Kohler jedoch, der Unterstaatssekretär für europäische Angelegenheiten und Direktor der Berlin Task Force, unterstützte Acheson vorbehaltlos. Seine Ansicht war, wie dem Verfasser dargestellt wurde, dass «die Sowjets vor einer Übermacht klein beigeben würden»[20]. Zwischen die beiden Standpunkte stellt sich George McGee, der Direktor des Policy and Planning Council und späterer Botschafter in Westdeutschland, Abram Chayes, der Rechtsberater des Staatsdepartements, und Llewellyn Thompson, der amerikanische Botschafter in Moskau. Sie bestanden darauf, dass sowohl Pläne für Unterhandlungen als auch für ein militärisches Vorgehen vorbereitet werden sollten[21].

Nach einer Diskussion über Achesons Bericht an den National Security Council am 29. Juni war der Präsident noch immer nicht überzeugt, über alle benötigte Information zu verfügen, und er fasste zwei Entschlüsse, um Abhilfe zu schaffen: Sein erster und grundlegendster Entschluss bestand in der Anweisung an den Verteidigungs- und Aussenminister, die Angelegenheit eingehender zu prüfen und Vorschläge vorzubereiten, und auch im Auftrag an Acheson, die Alternative – Unterhandlungen – genauer abzuklären[22].

Unter der Leitung von Rusk und McNamara nahm ein erfahrenes Team von Beratern die Arbeit an der aussen- und verteidigungspolitischen Studie in Angriff. Kohler stand der aussenpolitischen Gruppe vor, wobei ihm Martin Hillenbrand, seit 1958 Chef der deutschen Abteilung und späterer Botschafter in Moskau, zur Seite stand. Der Verteidigungssektor wurde vom Unterstaatssekretär für internationale Sicherheit, Paul Nitze, betreut. Die Gruppe der Stabsoffiziere war durch Generalmajor David Gray vertreten. Und General Maxwell D. Taylor, Sonderberater des Präsidenten für Militärfragen, leistet seinen Dienst als Beobachter des Weissen Hauses. In dreiwöchiger harter Arbeit, die oft die ganze Nacht andauerte, bereiteten sie zwei grundlegende Berichte vor[23].

Präsident Kennedys zweite Entscheidung bestand darin, sich selber in die Eventualitätenplanung für Berlin einzuschalten. Wie Theodore Sorenson in seiner Monographie Decision-Making in the White House[24] ausführte, liebte es der Präsident, Schlüsselprobleme wie dasjenige Berlins auszuwählen, um sie zu studieren.

18 ARTHUR M. SCHLESINGER, JR., *op. cit.*, S. 353–356.
19 Interview mit Dean Rusk, 14. August 1969.
20 Interview mit Foy D. Kohler, 20. Dezember 1966, Washington, D.C.
21 ARTHUR M. SCHLESINGER, JR., *op. cit.*, S. 357.
22 *Ibid.*
23 JOHN C. AUSLAND, *op. cit.*, S. 9.
24 THEODORE C. SORENSEN, *Decision-Making in the White House* (New York: Columbia University Press, 1963), S. 17.

Ein weiteres Motiv war zweifellos auch Kennedys tiefes Misstrauen gegenüber solchen Plänen. Nach Emery Smith, einem früheren Leiter der Berlin Task Force Mitte der 60er-Jahre, «war Kennedy sehr beeindruckt von Barbara Tuchmans Buch The Guns of August, das sehr deutlich aufzeigte, wie die Planung einen Lawineneffekt erzeugen und gänzlich aus der Kontrolle geraten kann»[25]. Der Präsident sah seine Aufgabe darin, solches zu verhindern.

Auf seinen Entschluss hin, die Eventualitätenplanung für Berlin persönlich in die Hand zu nehmen, begann der Präsident mit einer gründlichen Durchsicht der bestehenden, von der NATO und der Gruppe der Stabsoffiziere geschaffenen Pläne. Was er vorfand, löste in ihm sogleich Bestürzung aus. Die beträchtliche Planung, die seit 1958 von den Alliierten in Gang gesetzt worden war, beschränkte sich fast ausschliesslich auf die Probleme der Zufahrtswege. Und sie wiesen den USA eine gänzlich unvorteilhafte Stellung zu. Den Vereinigten Staaten blieb, da ihre Truppen für einen konventionellen Bodenkrieg nicht taugten, im Falle eines kommunistischen Angriffs kaum eine andere Alternative, als sich auf ihre Atomwaffen zu verlassen – oder nichts zu tun[26].

Mit dieser düsteren Sachlage konfrontiert, entschloss sich der Präsident, auf die Ratschläge der Generäle Maxwell Taylor und James M. Gavin zurückzugreifen, die beide aus Protest gegen die amerikanische Kernwaffenpolitik in den 50er-Jahren zurückgetreten waren. Er beschloss, die Lücke mit dem schnell voranzutreibenden Aufbau einer Kampftruppe in Mitteleuropa zu füllen. General Gavin erklärte dem Verfasser später: «Als ich Präsident Kennedy 1961 dazu riet, die Truppen in Europa und damit unsere Stellung in dieser Zone zu verstärken, tat ich das aus der Überzeugung heraus, dass, falls es wirklich zum Krieg kommen sollte, wir ihn mit Vorteil unter gleichen Bedingungen führten.»[27]

Nachdem er sich zu diesem raschen Ausgleich der Kräfteverhältnisse im Bereich der konventionellen Waffen entschieden hatte, stand der Präsident als nächstes vor der Frage, ob er einen nationalen Notstand ausrufen sollte. Eine solche Erklärung hätte es ihm ermöglicht, eine Million Reservisten einzuberufen, die Dienstzeit zu verlängern, die sich in Europa aufhaltenden Amerikaner zurückzurufen und die Alliierten Amerikas, seine eigenen Bürger, und vor allem auch Chruschtschow zu beeindrucken. Aber nachdem er das Vertrauen des Westens in seine Führerrolle nach dem Schweinebuchtfiasko strapaziert hatte, konnte er sich eine übersteigerte Reaktion nicht mehr leisten. Durch die Tatsache, dass Chruschtschow den Druck auf Berlin beliebig verstärken konnte, geriet der Präsident in eine schwierige Situation.

Ausschlaggebend für seine Entscheidung war schliesslich der Rat, den er von der amerikanischen Botschaft in Moskau erhielt. Die Botschaft betonte, dass sich die Sowjets von entschlossenen, aber gemässigten Schritten, die bei Amerikas Freunden keine Panik auslösen würden, mehr beeindrucken liesse. Dramatische Gesten wären weniger wirksam, wurde argumentiert, als ein von langer Hand geplantes Vorgehen. Sorensen berichtet darüber: «Diese Ansicht stimmte mit Kennedys eigener Philosophie überein: eine Entscheidung, die aufs Ganze geht, kann durchaus gemässigt sein, weil sie echt ist; Leute, die um sich schlagen, werden kaum jemanden einschüchtern.»[28]

Bis zum 19. Juli, zwei Tage nach der langerwarteten amerikanischen Antwort auf Chruschtschows aide-mémoire, hatte der Präsident die letzten Retouchen an seiner

25 Interview mit Emery Smith, 4. Januar 1966, Washington, D.C.
26 THEODORE C. SORENSEN, *Kennedy* (New York: Bantam Books, Inc., 1966), S. 662.
27 Interview mit General Gavin, 6. Februar 1967, Cambridge, Massachusetts.
28 THEODORE C. SORENSEN, *Kennedy* (New York: Bantam Books, Inc., 1966), S. 664.

Politik angebracht. Im wesentlichen stellte sie einen Kompromiss zwischen «Falken» und «Tauben» innerhalb seiner Administration dar. Im besonderen beantragte er zusätzliche militärische Mehrausgaben im Betrag von 3,2 Milliarden. Vom Kongress verlangte er Unterstützung für die Einberufung von Reservisten. Rekrutierungen sollten verdreifacht werden. Westberlin sollte durch den Aufbau zusätzlicher Vorratslager und durch Vorbereitung von Luftbrücken in Bereitschaft versetzt werden. Mit den Alliierten sollte im Falle einer ernsthaften Provokation eine gemeinsame Haltung gegenüber Ostdeutschland in bezug auf wirtschaftliche Sanktionen gefunden werden. Es sollte eine vorübergehende Steuererhöhung verlangt werden (dieser Punkt wurde später fallen gelassen). Aber man sah davon ab, einen nationalen Notstand auszurufen[29].

Zusätzlich zu den oben angeführten besonderen Massnahmen war der Präsident entschlossen, eine diplomatische Offensive auszulösen. Er war fest davon überzeugt, «dass es die Vereinigten Staaten nicht andern überlassen konnten, das Forum und den Rahmen der Diskussion auszuwählen und zu monopolisieren»[30].

Eine Woche später, am 25. Juli, informierte der Präsident die Welt über sein Vorgehen am nationalen Fernsehen; sie widerspiegelte die Entschlossenheit Amerikas, in Berlin zu bleiben und wurde im allgemeinen gut aufgenommen. Besonders ermutigend empfand sie Generalmajor Albert Watson II, der amerikanische Befehlshaber in Berlin, der sie «für eine der stärksten Reden, die er je über Berlin gehört hatte», hielt[31].

Bald nach dieser Rede wurde eine amerikanische Delegation von Experten, von Foy Kohler angeführt, nach Paris entsandt. Wenn es auch ihr allgemeines Ziel war, die Grundlagen für die bevorstehende Aussenministerkonferenz zu schaffen, so bestand ihre besondere Mission doch darin, die letzten Uneinigkeiten in bezug auf die alliierten Eventualitätenpläne für Berlin mit den Briten, Franzosen und den Deutschen, aus dem Weg zu räumen.

Leider vermochte die Bedrohung Berlins die westlichen Alliierten nicht in dem Masse zu einigen, wie es die Amerikaner gehofft hatten. Eine der grössten Ursachen der Uneinigkeit war zweifellos das Beharren der Amerikaner auf Verhandlungen. Während sich die Franzosen gegen jegliches Verhandeln mit den Sowjets stellten, weigerten sich die Briten, einen Krieg zu riskieren, ohne vorher zu verhandeln. Die Deutschen ihrerseits waren sich uneinig, um so mehr als die Bundestagswahlen vor der Tür standen[32].

Das Hauptaugenmerk der alliierten Debatten lag auf dem Truppeneinsatz der NATO. Ursprünglich hatten die Alliierten den Aufruf des Präsidenten für einen starken Aufbau der Truppen in Mitteleuropa als Zeichen für eine Ablehnung der Atomwaffen angesehen. In Wahrheit jedoch war Kennedy, obwohl darauf vorbereitet, wegen Berlin in den Krieg zu ziehen, überzeugt, dass Chruschtschow sich bemühen würde, die Kriegsrisiken zu verringern. Deshalb forderte er von der NATO eine flexiblere Haltung, d.h. sie sollte den ganzen Bereich der Möglichkeiten von einer beschränkten Intervention bis zum Atomkrieg in Betracht ziehen. Doch die Alliierten waren dem Planen auf einer solchen Grundlage abgeneigt; sie erklärten sich bloss in dem Fall dazu bereit, dass der Punkt, an dem Atomwaffen einzusetzen seien, nicht festgelegt würde[33].

29 *Ibid.*, S. 665.
30 *Ibid.*
31 Interview mit General Watson II, 3. Januar 1967, Washington, D.C.
32 JOHN C. AUSLAND, *op. cit.*, S. 17.
33 *Ibid.*, S. 16.

Zwischen dem 5. und 7. August konferierte der Staatssekretär in Paris mit dem britischen, dem französischen und dem deutschen Amtskollegen. Die Resultate dieses Treffens waren unterschiedlich. Nach E. Allan Lightner, dem amerikanischen Gesandten in Berlin, der den Botschafter in Westdeutschland, Walter Dowling, nach Paris begleitete, waren sich die Aussenminister jedoch darin einig, dass es in Berlin drei wesentliche Anrechte gäbe, auf denen sie bestehen würden, auch wenn es darüber zum Krieg kommen sollte[34]. Diese sogenannten «drei Grundlagen» waren (1) die Freiheit der Westberliner, ihre eigene Regierung zu wählen; (2) die Aufrechterhaltung der alliierten Präsenz und der Stützpunkte in Westberlin; und (3) der freie Zugang zur Stadt für Alliierte und Westdeutsche[35].

Unglücklicherweise wurde nach Lightner «Bewegungsfreiheit innerhalb der ganzen Stadt» nicht erwähnt. Damals waren Lightner und Dowling «enttäuscht von dieser Unterlassung». Indem die Alliierten nicht bereit waren, die westlichen Ansprüche in Ostberlin als «grundsätzliches Anrecht» zu betrachten, gaben sie im Grunde den sowjetischen Sektor auf. Heute freilich meint Lightner, dass «die Russen damals entschlossen waren, drastische Schritte zu ergreifen, um den Flüchtlingsstrom aufzuhalten, ohne Rücksicht auf unsere Einwände»[36].

Die Wichtigkeit der Pariser Konferenz darf nicht unterschätzt werden. Denn was man in Paris festlegte (und was man unterliess), sollte bestimmend sein für die westliche Reaktion vom 13. August, insbesondere für die amerikanische. Es wurde dort nichts geäussert, das einer unmittelbaren örtlichen Reaktion auf die Grenzschliessung Vorschub geleistet hätte. Die Aussenminister verliessen Paris, ohne sich über das Vorgehen geeinigt zu haben, wie Chruschtschows Drohung, bis zum Ende des Jahres einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, zu begegnen sei[37].

IV. Der Flüchtlingsstrom

Während der zweiten Augustwoche des Jahres 1961 war Berlin von Angst und Erwartung überschattet. Der Flüchtlingsstrom von Ostberlin, der seit der Wiener Konferenz im Juni ständig zugenommen hatte, erreichte nun gewaltige Ausmasse. Das Gefühl einer unmittelbar bevorstehenden Katastrophe, eine eigentliche Torschlusspanik, hatte deutlich eingesetzt.

Zu dieser Zeit stand Washington dem ständig zunehmenden Flüchtlingsstrom mit wachsender Beunruhigung gegenüber. Denn nach Staatssekretär Rusk, «war Ostdeutschland daran zu verbluten»[38]. Zwischen 1945 und 1960 waren schätzungsweise 3 300 000 Deutsche aus der DDR (etwa ein Fünftel ihrer Bevölkerung) geflohen, mehr als 2 600 000 davon nach 1949, dem Jahr, in dem die Zählung in Westdeutschland begonnen wurde. Allein während der ersten sechs Monate des Jahres 1961 flüchteten etwa 150 000 Personen aus Ostdeutschland[39]. Die Verluste, die die ostdeutsche Wirtschaft durch diesen Massenauszug erlitt, waren so schwerwiegend,

34 Interview mit E. Allan Lightner, 7. Februar 1967, Washington, D.C.
35 Diese drei grundsätzlichen Ansprüche, die vom Staatsdepartement nach Chruschtschows Ultimatum zum ersten Mal formuliert worden waren, waren in Achesons Lagebericht aufgenommen und in der Folge von Kennedy übernommen worden.
36 Interview mit Lightner.
37 JOHN C. AUSLAND, *op. cit.*, S. 19.
38 Interview mit Dean Rusk, 14. August 1969, Washington, D.C.
39 Die statistische Information stammt aus dem German Information Center, *Berlin: Crisis and Challenge* (New York, 1963), S. 27–30.

dass die Ulbricht-Regierung diese offensichtlich nicht mehr länger hinnehmen konnte. Während die meisten der Flüchtlinge Arbeiter waren, die dem «Arbeiterparadies» entflohen, so stammte doch ein grosser Prozentsatz aus gehobenen Berufen, z. B. Manager, Ärzte, Lehrer, Ingenieure, ausgebildete Berufsleute. Bezeichnenderweise waren es mehrheitlich junge Leute – annähernd die Hälfte davon waren unter 25. Sie wurden alle dringend benötigt und konnten nur schwer ersetzt werden.

Um den Flüchtlingsstrom zu stoppen, hatte die DDR-Regierung das Reisen für Ostdeutsche stark eingeschränkt, und sie hatte die Grenze zwischen Ostdeutschland und der Bundesrepublik geschlossen. Seit 1953 wurde die Grenze mit Stacheldraht, Wachttürmen, Scharfschützen und einem Todesstreifen aus Minenfeldern gesichert. Bis Mitte August 1961 jedoch konnte ein Flüchtling, der Ostberlin erreichte, immer noch nach Westberlin hinüberwechseln. Normalerweise flohen die Grenzgänger zu Fuss, ohne irgendwelches verräterisches Gepäck mit sich zu führen. Doch da die kommunistischen Wachtposten, die an der Grenze innerhalb der Stadt stationiert waren, in zunehmendem Masse Verdacht schöpften, wurden die meisten Fluchtversuche auf schwieriger zu kontrollierende Art und Weise begangen – entweder mit der U-Bahn oder der S-Bahn.

Einmal im Westen angelangt, wurden die Flüchtlinge in einem eigens dafür eingerichteten Zentrum in Marienfelde abgefertigt; die Mehrheit wurde nach Westdeutschland geflogen, wo sie Unterkunft und Arbeit fanden.

Im Juli 1961 erreichte die Flüchtlingszahl einen neuen Höhepunkt, als mehr als 30000 Deutsche (beinahe das Doppelte vom Monatsdurchschnitt des Vorjahres) im Westen Zuflucht suchten. Alle Linienflüge der zivilen Luftfahrtgesellschaften PanAm, BEA und Air France – verliessen Berlin gestossen voll. Als alliierte Beamte berieten, ob der Einsatz von militärischen Transportflugzeugen nötig sein würde, sprangen zusätzliche zivile Flugzeuge in die Lücke.

Die DDR-Grenzbeamten reagierten auf diesen neuen Flüchtlingsstrom mit doppeltem Einsatz. Am 6. Juli startete Ulbricht eine Kampagne gegen die Grenzgänger. Es handelte sich dabei um ungefähr 60000 Deutsche, die von beiden Teilen Deutschlands profitierten, da sie in Ostdeutschland wohnten, wo die Mieten niedrig waren, jedoch in Westberlin arbeiteten, wo sie ihren Lohn in einer Währung erhielten, die den drei- bis vierfachen Wert der Ostmark hatte. Am 22. Juli wurden dem Personenzugsverkehr von Ostdeutschland nach Ostberlin starke Einschränkungen auferlegt. Am 26. Juli verlangte das Ulbricht-Regime, dass jede mögliche Vorkehrung getroffen würde, damit der Flüchtlingsstrom gestoppt würde. Von diesem Tag an sollte jedermann, der bei einem Fluchtversuch ertappt würde, zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilt werden[40].

Kommentatoren haben darauf hingewiesen, wie überraschend es ist, dass die westlichen Verantwortlichen diese Einschränkungen nicht mit Gegenmassnahmen beantworteten, wo man doch das Recht auf Bewegungsfreiheit innerhalb der Stadt schon längst als zum Viermächtestatus von Berlin gehörend anerkannt hatte. Man hat darauf hingewiesen, dass im vorangegangenen Herbst, als die DDR ähnliche Massnahmen ergriffen hatte, die Drohung der Alliierten, wirtschaftliche Sanktionen anzuwenden, die ostdeutsche Regierung umgestimmt hatte[41]. Zwar legten die amerikanischen, britischen und französischen Kommandanten am 3. August, nach Rücksprache mit Bürgermeister Willy Brandt, tatsächlich ihren Protest gegen diese Restriktionen ein. Aber zu dieser Zeit planten Ulbricht und Chruschtschow in Mos-

40 JEAN EDWARD SMITH, *The Defense of Berlin* (Baltimore: John Hopkins Press, 1963), S. 258.
41 *Ibid.*, S. 259.

kau mit den Vertretern des Warschaupaktes bereits ihren nächsten und kühnsten Streich.

V. Ungenügender Nachrichtendienst

Die Errichtung der Berliner Mauer hätte wahrscheinlich aufgeschoben werden können, wenn die westlichen Alliierten früh genug vom Warschaupaktbeschluss des 3./4. August unterrichtet worden wären. Das mindestens ist die Annahme jener, die das Versagen des alliierten Nachrichtendienstes, im Zusammenhang mit der rechtzeitigen Aufdeckung der kommunistischen Absichten, hervorheben[42]. Eine bekannte Persönlichkeit legte es so dar: «Die Möglichkeit, diese Aktion abzuwenden, hätte sich mit grösster Wahrscheinlichkeit im Juli geboten, und die Zeit der schlimmsten Gefahr war im August.» Doch nur «ein zuverlässiger, schnell übermittelter Geheimdienstbericht, dessen exakte Auswertung auf die totale Grenzschliessung hingewiesen hätte, würde die Alliierten zu einer überzeugenden und gemeinsamen Aktion veranlasst haben»[43].

In der Rückblende wird es klar, dass die alliierte Geheimdiensttätigkeit stark zu wünschen übrig liess. Im Gegensatz zu dem, was man heute manchmal hört oder liest, wurden die westlichen Nachrichtendienste durch die Ereignisse des 13. August richtiggehend überrascht. Die folgende Auskunft erhielt der Schreibende von Allan Dulles, dem früheren CIA-Direktor: «Aus dem damals vorliegenden Material konnten wir entnehmen, dass die Ostdeutschen gewisse restriktive Massnahmen ergreifen würden, aber nichts hatte natürlich auf die Errichtung der Mauer hingedeutet.»[44] Später wurde General Maxwell D. Taylor von Präsident Kennedy beauftragt, das Nachrichtenmaterial durchzukämmen, «um herauszufinden, ob etwas übersehen worden war, was uns hätte warnen können». Er stellt fest, dass bruchstückhafte Meldungen über die Heranschaffung von Baumaterialien in die Nähe von Berlin existierten, aber nichts die Errichtung einer Mauer in der Stadt ahnen liess[45].

Der amerikanische Gesandte, E. Allan Lightner, der sich am 13. August in Berlin befand, behauptet: «Es war für unsere G-2 (militärischer Nachrichtendienst) Patrouillen und unsere Potsdamer Gesandtschaft unmöglich, so gut informiert zu sein, denn sie hatten keine Kenntnis davon, was auf der Autobahn von Leipzig nach Ostberlin transportiert wurde.» Und das war der entscheidende Faktor, weil «der Stacheldraht und die Baumaterialien für die Mauer, ebenso wie die ostdeutschen Truppen, in einem gekonnt ausgeführten Überraschungsmanöver in der Nacht vom 12. auf den 13. August von Ostdeutschland herangeschafft wurden»[46].

42 Vorheriges Wissen um die ostdeutschen Absichten, die Mauer zu bauen, hätte kaum etwas genützt, auch wenn es den westlichen Alliierten rechtzeitig vermittelt worden wäre. Man nehme den Fall des Einmarsches in die Tschechoslowakei. Nach ANDREW TULLY in *The Super Spies* (New York: Pocket Books, 1970), S. 60–73, hatte der amerikanische Geheimdienst lange voraus detaillierte Pläne des Einmarsches durch einen Agenten in Ostdeutschland erhalten. Doch angeblich «hatte der Krieg in Vietnam die internationale Situation derart kompliziert, dass es sich die USA nicht erlauben konnten, sich mit der Sowjetunion auf eine Politik am Rande des Abgrunds einzulassen». Wie verlautete, wurden diese Informationen geheim gehalten, und als sich der Einmarsch dann tatsächlich ereignete, reagierten die USA mit Überraschung.

43 ELEANOR LANSING DULLES, *Berlin: The Wall is not Forever* (Chapel Hill: University of North Carolina Press, 1967), S. 49.

44 Interview mit Allen Dulles, 29. Dezember 1966, Washington, D.C.

45 Interview mit General Taylor, 18. Juni 1966, Washington, D.C.

46 Interview mit E. Allan Lightner, 7. Februar 1967, Washington, D.C.

Ohne Zweifel waren die Skandale in den britischen und französischen Geheimdiensten, die sich früher in Berlin ereignet hatten, am Versagen der westlichen Nachrichtendienste mitverantwortlich. Geoffrey McDermott, zur Zeit der Errichtung der Mauer britischer Gesandter in Berlin, erklärte in einer persönlichen Darstellung dieses Zeitabschnitts, was mit dem alliierten Geheimdienst im Zusammenhang mit den Aktivitäten von George Blake, einem sowjetischen Doppelagenten, der von der M.I.6 von 1955–59 in Berlin angestellt worden war, geschah. Der alliierte Geheimdienst, der noch vor wenigen Jahren in grosser Blüte gestanden hatte, erhielt als Folge von Blakes Doppelspiel und seinen verräterischen Handlungen einen Schlag, von dem sich die westlichen Geheimdienste nur mühsam erholten[47].

Wie McDermott ausführt, ist es überraschend, dass die eigenen Informationen der Westberliner nicht vollständiger waren. Bei der grossen Zahl von Verwandten in beiden Teilen der Stadt und bei dem überdurchschnittlich grossen Stab von Agenten und Spitzeln in Berlin, hätte man annehmen können, dass man von der bevorstehenden Aktion Wind erhalten hätte.

Auch die westdeutsche Presse hatte keine Ahnung von der bevorstehenden Schliessung der Grenze. Im Rückblick scheinen die Anzeichen deutlich, aber sie wurden zu dieser Zeit gar nicht als solche erkannt. So schreibt Kurt L. Shell in seiner umfassenden Studie über die Krise: «In keiner westdeutschen Zeitung wurde die Möglichkeit einer totalen Grenzkontrolle ... ernsthaft diskutiert ... Niemand glaubte, dass das Regime so weit gehen würde, Massnahmen zur vollständigen Abriegelung der westlichen Sektoren zu ergreifen.»[48] Offenbar nahm man an, dass «Ulbricht die Bedeutung eines Fluchtkorridors erkennen würde, dessen Funktion darin bestand, die Gefahr eines ernsthaften Aufstandes zu vermindern, indem die aufrüherischen Elemente (durch diesen Korridor) in den Westen flohen»[49]. Dann war auch die Glaubwürdigkeit der alliierten Garantien in Betracht zu ziehen, und man nahm an, dass die Kommunisten jede Handlung zu vermeiden suchten, welche als Provokation ausgelegt werden konnte.

Am Rande soll auch auf die oft zitierte Aussage Ulbrichts über «eine Mauer»[50] hingewiesen werden, die er am 15. Juni, also zwei Monate bevor die wirkliche Mauer errichtet wurde, gemacht hatte. Zu dieser Zeit sprach Ulbricht in seiner Antwort auf die Frage eines Reporters zur Flüchtlingssituation beiläufig von einer Mauer, obwohl er jede Absicht, eine solche zu errichten, in Abrede stellte. Warum wurde seiner Äusserung keine Beachtung geschenkt? Nach John Ausland, dem Verantwortlichen im Berliner Büro für das Wochenende vom 12./13. August, «wurden die Anwesenden mit einem Redeschwall überschüttet, und seine (Ulbrichts) Antwort ging im allgemeinen Lärm unter»[51].

Schliesslich haben wir die Aussage Oleg Penkovskiys, des verstorbenen sowjetischen Dissidenten, dass er «vier Tage, bevor die Grenzschliessung durch die Sowjetunion erfolgte, davon erfahren hatte»[52]. Wenn Penkovskiy am 9. oder 10. August von der bevorstehenden Grenzschliessung wusste, dann hätte man, wie eine Sachverständige bemerkte, von den normalerweise wachsamen alliierten Geheimdien-

47 GEOFFREY MCDERMOTT, *Berlin: Success of a Mission?* (New York: Harper & Roy, 1963), S. 31.
48 KURT L. SHELL, *Bedrohung und Bewährung* (Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag, 1965), S. 30.
49 ELEANOR LANSING DULLES, *op. cit.*, S. 49.
50 Pierre Galante, *The Berlin Wall* (Garden City, N.Y.: Doubleday, 1965), S. 9.
51 JOHN AUSLAND, *op. cit.*, S. 30.
52 OLEG PENKOVSKIY, *The Penkovskiy Papers* (New York: Avon Books, 1966), S. 242.

sten erwarten können, «irgendwann zwischen dem 10. und dem 13. August ähnliche Informationen» erhalten zu haben[53]. Doch die Tatsache bleibt, dass, während man zu der Zeit von den Ostdeutschen Massnahmen zur Kontrolle des Flüchtlingsstroms erwartete, man nicht genau wusste, wie diese Massnahmen aussehen würden. «Niemand», um mit den Worten des amerikanischen Kommandanten in Berlin zu sprechen, «erwartete eine Mauer»[54].

Es ist leicht einzusehen, warum das Gerücht fortbesteht, Präsident Kennedy sei über die kommunistischen Absichten, die Ostberliner Grenze zu schliessen, informiert gewesen, und er habe sich einverstanden erklärt, nicht einzugreifen. Warum wäre er sonst zu einem offensichtlich wichtigen Zeitpunkt so weit von Washington entfernt gewesen? Und warum wäre er, unmittelbar nachdem er von seinem Aussenminister über die Entwicklung der Dinge informiert worden war, segeln gegangen? Es gibt Antworten auf diese Fragen; sie haben mit Fehlspekulationen und mangelhafter Information zu tun. Nach Staatssekretär Rusk wurden die westlichen Alliierten am 13. August 1961 ganz einfach «überrascht»[55].

VI. Alternativen

Das Abriegeln der Ost-West-Grenze in Berlin und die Errichtung der Mauer war für die sowjetischen Führer offensichtlich eine schwierige Entscheidung. Es war eine offene Bankrotterklärung des ostdeutschen Regimes. Der Strom der ostdeutschen Flüchtlinge hatte das bloss peinliche Ausmass überschritten. Wenn der empfindliche Verlust qualifizierter Arbeitskräfte weitergegangen wäre, hätte dies den wirtschaftlichen und politischen Ruin der kommunistischen Regierung bedeutet.

Was hätte als Antwort auf die ostdeutsche Grenzschliessung unternommen werden sollen? Die am häufigsten diskutierte Alternative nach der Errichtung der Mauer bestand darin, die westlichen Garnisonen zum Niederreissen der überstürzt errichteten, ostdeutschen Sperren zu mobilisieren. Lightner sagte später: «Am 13. August hätten die Aufbauten auf der Grenze von Jeeps oder Lastwagen noch niedergerissen werden können.»[56]

Die Ansicht von General Lucius D. Clay, dem Helden der Berliner Luftbrücke und persönlichen Abgesandten Präsident Kennedys in Berlin nach der Errichtung der Mauer, lautet dazu: «Wenn die Alliierten rasch und bestimmt gehandelt hätten, ... dann hätten die Russen aufgegeben. Doch da es von uns keine unmittelbare Antwort gab, wurde sie (die Mauer) zu einem fait accompli.» General Clay bezweifelt, ob die Mauer überhaupt errichtet worden wäre, wenn er sich in der Stadt befunden hätte. Denn er «hätte unsere Panzer in der Stadt auffahren lassen»[57].

Doch der aktive alliierte Widerstand schloss ernsthafte Risiken ein. Nach Beurteilung der westlichen alliierten Regierungen war die Sowjetunion entschlossen, den Strom der Flüchtlinge zu stoppen, und man nahm an, dass jeder Versuch, Gewalt zur Verhinderung der Errichtung der Mauer anzuwenden, «ein ernsthaftes Kriegsrisiko

53 Eleanor Lansing Dulles, *The Wall: A Tragedy in Three Acts* (Columbia, S.C.: University of South Carolina Press, 1972), S. 59.
54 Interview mit General Watson II, 3. Januar 1967, Washington D.C.
55 Interview mit Dean Rusk, 14. August 1969, Washington, D.C.
56 Interview mit E. Allan Lightner, 7. Februar 1967, Washington, D.C.
57 Interview mit General Lucius Clay, 20. Dezember 1965, New York City.

mit sich gebracht hätte». Folgerichtig «schloss man daraus, dass ein solches Risiko ungerechtfertigt sei»[58].

Im nachhinein hat man darauf hingewiesen, dass, wenn die Alliierten gegen die Grenzschliessung interveniert hätten, die Sperren um ein oder zwei Häuserblocks ins Innere Ostberlins hätten verlegt werden können. Und wenn dann der Westen in den sowjetischen Sektor vorgerückt wäre, hätte man ihn der Invasion beschuldigt. Da die Sowjets auf keinen Fall eine Besetzung ihres Sektors hätten zulassen können, hätten sie, so wird argumentiert, zum Schlage ausgeholt. Und aller Warscheinlichkeit nach hätte dies eine Auseinandersetzung nach sich gezogen, in welcher die Westmächte, die in Berlin hoffnungslos in der Minderzahl waren, unweigerlich geschlagen und in ihren Sektor zurückgetrieben worden wären. Im schlimmsten Fall wäre daraus ein Krieg entstanden[59].

Abgesehen von der Überlegenheit der sowjetischen Militärmacht spielte eine Überlegung mit, die von westlichen Strategen ernst – vielleicht sogar zu ernst – genommen wurde; dass nämlich ein ostdeutscher Aufstand, wie er sich am 17. Juni 1953 ereignet hatte, stattfinden könnte. Wie Lightner aufgezeigt hat, dachte man damals, dass jedes «Anzeichen einer westlichen Militäraktion als einen Schritt zur Befreiung der Ostzone missverstanden werden könnte. Dies könnte einen Aufstand provozieren, der möglicherweise für die Bevölkerung ein verhängnisvolles Ende nehmen würde»[60].

Schliesslich erhebt sich in bezug auf die Anwendung von Gewalt die Frage, ob die USA die andern Alliierten bei einer Intervention zum Mitmachen hätten bewegen können. Nach Staatssekretär Rusk «ist es zweifelhaft, ob die Briten und Franzosen mitgemacht hätten»[61]. Und da nur ungefähr zehn der vierzig Kilometer langen Grenze in der Stadt an den US-Sektor angrenzen, wäre es für die Amerikaner «nicht ratsam» gewesen, im Alleingang zu operieren.

Zweifellos zählten frühere Präzedenzfälle amerikanischer Passivität zu den wichtigsten Gründen für das Fehlen einer Reaktion am 13. August. Obwohl die USA die Zerschlagung des spontanen Aufstandes in Ostdeutschland im Juni 1953 und wieder in Ungarn im Oktober 1956 gequält verfolgt hatten, konnten sie sich nicht zur Intervention entschliessen.

VII. Westliche Reaktionen

In den frühen Morgenstunden des 13. August wurde die Schliessung der Grenze von ostdeutschen Polizei- und Truppeneinheiten schnell und wirkungsvoll ausgeführt. Bis morgens um halb drei Uhr war die ganze Ostberliner Grenze abgeriegelt. Die Bedeutung der ostdeutschen Aktion war dem westlichen Militärhauptquartier nicht sofort klar. Aber nur schon die blosse Präsenz von so viel kommunistischer Macht in und um Berlin bewog die alliierten Befehlshaber, sich mit der militärischen Bereitschaft und der Sicherheit der westlichen Sektoren zu befassen. Demzufolge wurden die drei alliierten Garnisonen in volle Kampfbereitschaft versetzt und in ihren Unterkünften zurückbehalten. Nachdem die Truppen in Alarmbereitschaft versetzt worden waren, trafen sich die Kommandanten mit ihrem Stab in der alliier-

58 Undatiertes Dokument des Staatsdepartements, betitelt *«United States Attitude on Closure of Berlin Border»*.

59 GEOFFREY MCDERMOTT, *op. cit.*, S. 34.

60 Brief an den Schreibenden, 13. März 1970.

61 Interview mit Dean Rusk, 14. August 1969, Washington, D.C.

ten Kommandantur, um die explosive militärische Lage zu besprechen. Da Amerika in diesem Monat den Vorsitz hatte, leitete General Albert Watson II die Zusammenkunft.

Eine Darstellung von dieser Zusammenkunft kommt von Geoffrey McDermott, dem damaligen britischen Gesandten und stellvertretenden Kommandanten in Berlin[62]. Sein Bericht ist vom amerikanischen Gesandten, E. Allan Lightner, bestätigt worden[63].

Die Gespräche drehten sich um die Aktivitäten an der Grenze entlang den drei Sektoren Westberlins. Man diskutierte im Detail über mögliche Gegenmassnahmen, sowohl für den lokalen, als auch für den weiteren Bereich. Doch konnte man sich zu nichts Endgültigem entschliessen.

Nachdem die Gespräche etwa eine Stunde gedauert hatten, wurden Bürgermeister Brandt und sein Stellvertreter, Franz Amrehn, eingeladen, an der alliierten Unterredung teilzunehmen. Wie sich McDermott lebhaft erinnert, «gab sich Brandt ernst, jedoch staatsmännisch». Und entgegen einigen späteren Darstellungen[64], «verlangte er weder irgendeine überstürzte Aktion von seiten der Beschützermächte», noch warf er ihnen «Mangel an Entschlossenheit» vor.

Die Kommandanten blieben für den Rest des Tages beobachtend und abwartend auf der Kommandantur. Gegen Abend kam man überein, dass die drei westlichen Kommandanten beim sowjetischen Kommandanten in Ostberlin einen offiziellen Protest einreichen sollten, und man empfahl den alliierten Regierungen, dasselbe auf höherer Ebene zu tun. Es wurden Telegramme mit der Bitte um Anweisungen abgeschickt. Schliesslich wurde eine «nachdrückliche Dreierbotschaft» zur Veröffentlichung durch die Presse vorbereitet. Doch wurde deren Freigabe zur Veröffentlichung in letzter Minute durch die Regierungen der Kommandanten verhindert[65].

Kurz nach 17 Uhr MEZ (12 Uhr in Washington) brach Staatssekretär Rusk endlich das Schweigen, in welches sich die amerikanische Hauptstadt gehüllt hatte. Die ostdeutsche Aktion, sagte Rusk, sei eine Verletzung des Viermächtestatus von Berlin, und sie werde «der Gegenstand energischen Protests durch geeignete Kanäle sein». Doch weise «die zur Verfügung stehende Information» darauf hin, dass «die Massnahmen, die bis anhin getroffen worden seien, gegen die Bevölkerung von Ostberlin und Ostdeutschland gerichtet seien, und nicht gegen die alliierte Stellung in Westberlin und den Zugang dazu»[66]. Durch diese Aussage deutete Rusk an, dass weder die Gefahr einer westlichen Gegenaktion, noch irgendein Plan für eine Intervention von seiten der USA bestand.

VIII. Die Verschlechterung der Lage des Westens

Die Stunden nach der Grenzschliessung waren gezeichnet von Durcheinander und Schock. Niemand wusste, ob dies nun der erste Schritt einer neuen sowjetischen Offensive sei, die der Beseitigung des lästigen «Splitters im Auge», was Westberlin für die Sowjets war, dienen sollte. Da man seit langem viel Schlimmeres erwartet

62 GEOFFREY MCDERMOTT, *op. cit.*, S. 32–33.
63 Interview mit E. Allan Lightner, 7. Februar 1967, Washington, D.C.
64 Vgl. JEAN EDWARD SMITH, *op. cit.*, S. 273–274.
65 Brief an den Verfasser von E. Allan Lightner, 13. März 1970.
66 U.S. Department of State, *Berlin-1961*, Department of State Publication 7257 (Washington: Government Printing Office, 1961), S. 41–42.

hatte, ging ein erleichtertes Aufatmen durch den Westen, als es sich zeigte, dass die Ostdeutschen nicht unmittelbar im Sinne hatten, die westlichen alliierten Anrechte in Westberlin zu verletzten.

Doch von diesem Punkt an verschlimmerte sich die Situation zusehends. Die Ostdeutschen dehnten, ermutigt durch das Fehlen einer westlichen Reaktion, ihre Aktionsbasis aus. Von Montagmorgen 4 Uhr an wurden alle Telephonverbindungen und Postzustellungen unterbrochen. Später am Tage machten sich ostdeutsche Soldaten daran, das Brandenburger Tor zu schliessen. Die Zahl der Grenzübergänge zwischen Ost- und Westberlin, welche in der vorigen Nacht von 81 auf 13 gesunken war, wurde nun auf 12 reduziert. Und sogar an diesen Durchgangsstellen stellte man Hindernisse in den Weg, die den Verkehr behinderten[67].

Am nächsten Tag, dem 15. August, gingen die ostdeutschen Behörden einen Schritt weiter. Am Dienstagmorgen um 1 Uhr wurde angekündigt, dass es westlichen Fahrzeugen nicht länger gestattet sei, ohne spezielle Erlaubnis nach Ostberlin zu fahren. Dieses Vorgehen war von besonderer Bedeutung, da es einen direkten Angriff auf die westlichen Rechte darstellte. Anfänglich war nämlich beim Verschliessen der Grenze peinlich genau darauf geachtet worden, jegliche Beeinträchtigung des Verkehrs vom Westen nach dem Osten zu vermeiden[68].

Etwas später am selben Tag wurde endlich der formelle alliierte Protest gegen die Grenzschliessung am 13. August dem sowjetischen Kommandanten in Ostberlin überreicht. Am Tage darauf protestierten die alliierten Regierungen in Moskau. Angesichts der beträchtlichen Schwierigkeiten, die sich bei der intergouvernementalen Koordination ergaben, war dies in den Augen eines Beamten des Staatsdepartementes «ein halsbrecherisches Unternehmen»[69]. Trotzdem kam der Protest viel zu spät.

IX. Taktische Kehrtwendung

Als es den Berlinern klar wurde, dass ihre Schutzmächte nicht beabsichtigten, der ostdeutschen Aktion Widerstand zu leisten, verbreitete sich ein Gefühl des Verratenseins. Und die Moral sank sehr schnell. Dutzende von Plakaten erschienen in Berlin, welche gegen die passive Haltung der Alliierten protestierten. Der amerikanische Präsident wurde besonders angegriffen und verurteilt. Eine Gruppe von Universitätsstudenten aus Bonn sandte ihm einen schwarzen Schirm, der an Neville Chamberlain und dessen Anpassungspolitik erinnern sollte, durch welche 1938 in München die Tschechoslowakei preisgegeben worden war. Aber Washington erkannte nur langsam die Konsequenzen seiner Politik.

In den folgenden Tagen wurde das Ungenügen der westlichen Politik immer offensichtlicher. Mitte der Woche wurde klar, dass der 13. August für die Berliner ein traumatisches Erlebnis gewesen war. Um dem Verlust an Vertrauen in die Westmächte zu begegnen, musste etwas getan werden. Aber was?

John Auslands gut informierter Bericht lautet: «Die offizielle Position vor dem 13. August war die, dass die Alliierten einer Teilung der Stadt durch die Einschränkung des ostdeutschen Reiseverkehrs nach den NATO-Ländern entgegentreten würden.» Auch Handelseinschränkungen wurden in Betracht gezogen. Obwohl sich die USA,

67 JEAN EDWARD SMITH, *op. cit.*, S. 279.
68 *Ibid.*
69 JOHN C. AUSLAND, *op. cit.*, S. 33.

Grossbritannien und Frankreich über die Reiseeinschränkungen ziemlich im klaren waren, brauchten sie doch Zeit, um die Details auszuarbeiten. Und da die Handelseinschränkungen «für die Alliierten ebenso schmerzlich gewesen wären wie für die Ostdeutschen», fanden sie keine Zustimmung[70].

Der Wendepunkt der Krise kam für Washington am Donnerstag, 17. August, als Edward R. Murrow, der neue Direktor der US-Nachrichtenagentur auf seiner Weltreise die geteilte Stadt besuchte und die sich verschlimmernde Situation wahrnahm. Als enger Freund Kennedys telephonierte er nach Washington und sagte, dass die Moral in Berlin «in den Eimer» gehe und prophezeite den totalen Fehlschlag der Politik seiner Administration, falls keine rigorosen Massnahmen ergriffen würden[71].

Zu diesem Zeitpunkt erhielt Kennedy auch einen persönlichen Brief von Bürgermeister Brandt. Auf diesem höchst ungewöhnlichen Weg empfahl der Westberliner Bürgermeister eine Reihe von wichtigen Schritten, die der Präsident zur Wiederherstellung der Moral ergreifen könnte. Darin forderte Brandt Kennedy auf, einen hohen Beamten nach Berlin zu entsenden und die amerikanische Besatzung in Berlin zu verstärken[72].

Auch wenn Kennedy dies als Wahlpolitik auslegte (die westdeutschen Bundestagswahlen standen vor der Tür), so konnte er den Murrow-Bericht nicht übersehen. Denn es handelte sich dabei um die erste Darstellung von hoher Stelle und von aussen kommend, die man als objektiv betrachten konnte. Bis jetzt hatte man Mitteilungen von der Berliner Gesandtschaft, die im Falle eines Fehlschlags der amerikanischen Politik schlimme Konsequenzen voraussagten, auf die leichte Schulter genommen, da sie von Leuten stammten, die zu engagiert waren, um die Lage richtig einschätzen zu können[73].

Als Antwort auf die Vertrauenskrise, in welcher sich Präsident Kennedy nun plötzlich befand, entschloss er sich, zwei von Brandts Wünschen nachzukommen. Zum ersten sandte er, als Beweis für die Ernsthaftigkeit des amerikanischen Engagements in Berlin, Vizepräsident Johnson in die umzingelte Stadt. Zum zweiten bestimmte er, um die schwindende Moral der Einwohner zu heben, General Clay – den Helden der Berliner Luftbrücke – zum Begleiter des Vizepräsidenten. Endlich wies er Verteidigungsminister McNamara an, die Berliner Garnison zu verstärken, um Chruschtschows Absichten einer letzten Prüfung zu unterziehen.

X. Truppen nach Berlin

Die Entscheidung des Präsidenten, zusätzlich 1500 Mann nach Berlin zu schicken, ist nicht leicht gefällt worden. Schon früher hatte diese Möglichkeit zur Diskussion gestanden. Aber Kennedy, der Chruschtschow nicht unnötig provozieren wollte, billigte diese Aktion nur zögernd. Erst auf Drängen der Generäle Clay und Taylor gab er nach[74].

70 JOHN C. AUSLAND, *op. cit.*, S. 31.
71 JEAN EDWARD SMITH, *op. cit.*, S. 285.
72 Der volle Text von Brandts Brief ist in ELEANOR LANSING DULLES, *The Wall: A Tragedy in Three Acts* (Columbia, S.C.: University of South Carolina Press, 1972) veröffentlicht worden.
73 HERMANN ZOLLING und UWE BAHNSEN, *Kalter Winter im August* (Oldenburg: Gerhard Stalling Verlag, 1967), S. 142.
74 JEAN EDWARD SMITH, *op. cit.*, S. 287.

Die Generäle vertraten die Meinung, dass der Zugang zur Stadt noch nicht behindert sei, und dass wir uns mit der Entsendung eines Truppenkonvois durch das ostdeutsche Hinterland innerhalb unserer legalen Grenzen befänden. Die Vorteile einer solchen Truppenbewegung wären zweifacher Natur: Einmal würde die Ankunft von zusätzlichen Truppen in Berlin die strapazierten Nerven der Bevölkerung weitgehend beruhigen, dann aber wäre es auch eine Methode, die kommunistischen Absichten zu testen. Denn wenn unsere Männer in grösserem Ausmass aufgehalten oder behindert würden, wäre das bestimmt ein Beweis dafür, dass unser Recht auf freien Zugang zu Berlin angetastet würde, und wir wüssten dann genau, wo wir stünden.

Der Präsident gab zu, dass der Zugang noch nicht eingeschränkt sei, aber er hatte ernsthafte Zweifel, wie weit man gehen könne. Bevor er sich entschied, überprüfte er deshalb sorgfältig die Möglichkeit, amerikanische Truppen über die Luftbrücke nach Berlin zu fliegen. Im letzten Augenblick jedoch kam er davon ab und kündigte Truppenbewegungen mit Panzerfahrzeugen auf der Helmstedt–Berlin-Autobahn an. Nachdem die Kunde von einer bevorstehenden Truppenbewegung offensichtlich schon nach aussen gedrungen war, hätte eine Luftbrücke den Anschein eines amerikanischen Rückzugs erwecken können[75].

Immer auf der Hut vor den Russen, die die Autobahn-Kontrollstellen bemannten und die alliierten Truppenbewegungen überwachten, studierte der Präsident die militärischen Pläne bis ins Detail. Da die Armeekommandanten die Truppen an der Grenze zu den Warschauer-Pakt-Mächten nicht abziehen wollten, wurde der erste Kampftrupp der 18. Infanterieeinheit gewählt. Obwohl in Mannheim stationiert, fast 600 km vom ostdeutschen Grenzübergang bei Helmstedt entfernt, waren sie doch an der Autobahn und konnten fast sofort ausrücken.

Die Marschroute führte den Kampftrupp über die westdeutsche Autobahn von Mannheim nach Frankfurt und Kassel, und dann am Harzgebirge vorbei nach Braunschweig. Laut Anweisungen musste er in Braunschweig biwakieren und am frühen Sonntagmorgen, 20. August, Ostdeutschland betreten. Nach dem Grenzübertritt sollten die Lastwagen schubweise losfahren; dies sollte grössere Beweglichkeit ermöglichen und den Harmonikaeffekt vermeiden helfen, der eine lange Wagenkolonne zum Stocken bringen kann. Auch wären bei möglichen Zwischenfällen nicht alle Fahrzeuge innerhalb kommunistischen Gebietes blockiert.

Es war wesentlich, dass der Truppenkonvoi kurz nach Mittag am Sonntag, 20. August, in Berlin ankommen sollte. Denn zu jener Zeit würden Vizepräsident Johnson und General Clay zur Begrüssung zur Stelle sein. Um die Moral der Berliner zu heben, sollte der Tag zu einer Demonstration amerikanischer Macht und Entschlossenheit benutzt werden.

Als die Truppen wie geplant die Grenze nach Ostdeutschland überquerten, war die amerikanische Regierung in äusserster Alarmbereitschaft. Im Unterschied zum vorangegangenen Wochenende beschloss Kennedy, auf die Annehmlichkeiten von Sonne und Wasser zu verzichten und verblieb auf seinem Posten. Vielleicht erinnerte er sich daran, dass General Marshall nicht erklären konnte, wo er am Tag von Pearl Harbor gewesen war, und er wollte nicht gezwungen sein, von Hyannis Port aus den Krieg zu erklären. Ein Mitarbeiter des Stabes im Weissen Haus erinnerte sich später: «Es war eine viel grössere Krise, als man annimmt.»[76]

Aber die Truppenbewegung durch Ostdeutschland verlief ohne Zwischenfall, wie

75 HUGH SIDEY, *John F. Kennedy, President* (New York: Crest Books, 1964), S. 222.
76 *Ibid.*, S. 225.

es die Militärberater des Präsidenten vorausgesagt hatten. Und kurz nach 1 Uhr mittags fuhr die Vorhut in Berlin ein. Vizepräsident Johnson, General Clay und Bürgermeister Brandt und abertausende von begeisterten Berlinern standen dort zur Begrüssung. Und sie blieben, bis das letzte Fahrzeug sicher den sowjetischen Kontrollposten ausserhalb Berlins passiert hatte.